

„Alternative für Deutschland“ (AfD) in den rheinland-pfälzischen Räten

Rechtspopulismus entlarven!

Am 25. Mai 2014 haben die Grünen in Rheinland-Pfalz ihr bislang bestes Kommunalwahlergebnis holen können. Aber ein bitterer Wermutstropfen bleibt: Auch der Anteil rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien ist gewachsen. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist aus dem Stand in 20 von 36 Parlamente der Kreise und kreisfreien Städten eingezogen – und dies überwiegend gleich in Fraktionsstärke.

Pia Schellhammer / Irmel Münch-Weinmann / Alrun Schleiff

Die AfD weist den Vorwurf des Rechtspopulismus meist weit von sich. Deswegen erfolgt hier zunächst eine kurze begriffliche Einordnung: Unter Populismus versteht man nach dem Populismusforscher Cas Mudde die Idee, dass die Gesellschaft in zwei gegensätzliche Gruppen unterteilt werden kann. Der unbescholtenen Bevölkerung wird angeblich von einer „korrupten Elite“ übel mitgespielt.¹

Rechtspopulismus, „Volks-“ und „Altparteien“

Rechtspopulismus ist dabei eine Sonderform: Hier wird ein abgegrenztes Kollektiv über Kategorien wie Kultur, Volk oder Religion hergestellt.² Ganze Gruppen von Menschen werden so ausgegrenzt und die Teilhabe an der Gesellschaft wird nur der selbst definierten „eigenen“ Bevölkerung gestattet. Rechtspopulisten stellen sich als Kämpfer für die Rechte der Bevölkerung dar, die angeblich von den staatlichen Institutionen systematisch ausgehöhlt werden. Im Gegensatz zu eindeutig rechten Parteien wie der NPD hat die AfD dabei jedoch nicht ein stringentes rechtspopulistisches Programm, sondern es werden Themen national aufgeladen, von denen man sich erhofft, im öffentlichen Diskurs punkten zu können. Die AfD inszeniert sich folglich bei Bedarf gerne als die „eigentliche Volkspartei“, die sich von anderen Parteien abheben will, indem sie diese als „Altparteien“ betitelt.

Weitere Erkenntnisse über die AfD bringt ein Blick auf die handelnden AkteurInnen sowie auf die Argumentation hinter ihren Forderungen. Viele Funktionäre kommen aus dem konservativen

Bürgertum, unter ihnen einige Professoren. Die Partei hat gleichzeitig einen Bewegungskarakter und schafft es regelmäßig, zu Demonstrationen aufzurufen und BürgerInnen auf die Straße zu bekommen. In der „Alternative für Deutschland“ finden ebenso Mitglieder der neuen Rechten eine Partei.

AfD-Räte äußern offen ihre rechte Gesinnung...

Schaut man genauer hin, wird klar, dass die AfD auch ein Sammelbecken für radikale LebensschützerInnen, AntifeministInnen, Islam-HasserInnen und AusländerfeindInnen ist:

- Ein AfD-Stadtrat aus Bad Kreuznach wurde beispielsweise aus dem Rat ausgeschlossen, da er sich selbst als Reichsbürger bezeichnet, der die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreitet.
- Mehrere AfD-Kreistagsmitglieder aus dem Rhein-Pfalz-Kreis stellten zum Landesparteitag ihrer Partei einen Antrag, der den Islam als Religion verurteilt.
- Die AfD-Stadträtin aus Zweibrücken referierte bei einer Podiumsdiskussion der extrem rechten österreichischen Partei FPÖ zusammen mit dem gegen Minderheitenschutz hetzenden Autor Akif Pirincci. Dort vertrat sie explizit antifeministische Standpunkte.
- Mit Dr. Scheil sitzt im Kreistag des Rhein-Pfalz-Kreises zudem ein Historiker, der die Kriegsschuld des nationalsozialistischen Dritten Reiches relativiert und regelmäßig für die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ schreibt.

...und die Öffentlichkeit schläft

Gefährlich daran ist, dass nur wenige dieser Informationen zur Öffentlichkeit durchdringen. Vor allem die regionale Presse ist sich selten bewusst, mit wem sie es zu tun hat. So wurde z. B. eine „Homestory“ mit einem AfD-Kreistagsmitglied aus dem Donnersbergkreis veröffentlicht. Ein langer Artikel war mit seiner Selbstdarstellung als fleißigem jungen Studenten gefüllt, in dem nebenbei und unkommentiert dessen sozialdarwinistische Grundhaltung zum Ausdruck kam. Die AfD im Trierer Stadtrat bringt Anträge ein, die Schwangerenkonfliktberatung auszubauen und zielt damit eigentlich auf die Abschaffung der Abtreibung ab. Dies wird jedoch von der lokalen Presse nicht aufgegriffen und kritisch hinterfragt.

Eine einheitliche Strategie kann es nicht geben

Um dieses Verhalten zu entlarven, hilft es, Informationen aus der Kommunalpolitik auf Landesebene zu bündeln, auch mit Hinblick auf bevorstehende Landtagswahlen. Die Kommunalpolitische Vereinigung in Rheinland-Pfalz (GARRP e. V.) und die Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz boten Ende 2014 den grünen Kommunalis auf einem ersten Workshop die Möglichkeit zum Austausch: Wie kann man vor Ort mit der AfD umgehen? Wie tritt sie auf, welche Anträge stellt sie, wie wird argumentiert? Der Umgang mit der AfD ist nicht einfach. Die Partei tritt nicht einheitlich auf und vor Ort wird auch nicht unbedingt



KommunalpolitikerInnen und die lokale Presse müssen wachsam bleiben und genau hinschauen, welche Ideologie sich hinter den AfD-Anträgen verbirgt

Foto: Juergen Jotzo / pixelio.de

auf das Programm auf Bundesebene Bezug genommen. Deshalb muss man im Einzelfall sehr genau schauen, was hinter den AfD-Anträgen und Forderungen als Argumentation verborgen ist. Entsprechend schwierig ist es, eine einheitliche Strategie im Umgang zu entwickeln.

Beispiel Einwanderung: Sie wird nicht per se abgelehnt, sondern Einwanderung ist erwünscht, solange sie Deutschland nutzt. Man kann hier auch von einem „Kosten-Nutzen-Rassismus“ sprechen. Diese Position findet dann auch Resonanzboden in der Bevölkerung, was die anhaltenden Wahlerfolge zeigen.

Beispiel Familien- und Frauenbild: Das der AfD ist extrem konservativ. Hier

finden sogenannte Lebensschützer (fundamentale Abtreibungsgegner) eine Partei, in der sie ihre Positionen vertreten sehen. Die AfD spricht sich gegen „Genderismus-Wahn“ aus und insbesondere die Jugendorganisation „Junge Alternative“ fällt auch immer wieder durch sexistische Werbung und Facebook-Posts auf.

Auf Kritik an ihren Positionen und auf Protest antwortet die AfD schnell mit „Redeverbot“ und „Mundtot-machen“. Sie nutzen Kampfvokabeln, zum Beispiel wenn sie sich gegen political correctness einsetzen und das Sarrazin'sche „das wird man doch wohl noch sagen dürfen...“ in den Ring werfen.

Das Interesse am Workshop war groß; ein solcher Austausch soll in Zukunft regelmäßig stattfinden. Außerdem sollen die Workshopergebnisse zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die problematische Ausrichtung der AfD publiziert werden, über Pressemitteilungen und eigene Veröffentlichungen. In einem länderübergreifenden Projekt des Heinrich Böll-Stiftungsverbundes ist außerdem eine Studie geplant über die politische Praxis der AfD in den Landtagsparlamenten, in die sie kürzlich eingezogen ist. Darin sollen auch die Positionen der AfD zu einschlägigen Themenfeldern wie z. B. Genderfragen näher untersucht werden.

Im Umgang mit der AfD ist es unsere Aufgabe, für eine offene, gerechte und vielfältige Gesellschaft zu streiten. Deswegen ist es wichtig, auch harmlos daherkommende AfD-Anträge in den Räten, öffentliche Statements und Publikationen der AfD genau zu analysieren und den darin enthaltenen Rechtspopulismus zu entlarven. Zeigen wir gemeinsam, dass wir uns um den gesellschaftlichen Zusammenhalt kümmern und für eine solidarische Gemeinschaft eintreten, in der Vorurteile und Ausgrenzung keinen Platz haben.

Anmerkungen

1) Vgl. Karin Priester: „Wesensmerkmale des Populismus“, in: APuZ 5-6/2012, S. 4.

2) Vgl. Lucius Teidelbaum: „Das rechtspopulistische Potenzial der „Alternative für Deutschland““. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/teidelbaum_afd.pdf (Stand 2.12.2014).

AKP-Artikel zum Thema

Schierhorn, Bernd: Rechtsextreme Jugendliche in Bückeburg – Von der Schwierigkeit, eine Gegenwehr zu organisieren, in AKP 6/14, S. 25 f.

Blarr, Waltraud: Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz: Über den Wipfeln – Rückenwind für Grüne, in AKP 4/14, S. 38 f.

Stoop, David Christopher: Parteienlandschaft 2014 vor der Europawahl – Ist die „Alternative für Deutschland“ eine rechtspopulistische Partei?, in AKP 1/14, S. 47 ff.

➔ Pia Schellhammer ist Sprecherin für Strategien gegen Rechts der grünen Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz und Mitglied der bundesweiten grünen Rechtsextremismus-Kommission; des weiteren ist sie Mitglied im Kreistag Mainz-Bingen und im Verbandsgemeinderat Rhein-Selz. Irmel Münch-Weinmann gehört dem Vorstand der kommunalpolitischen Vereinigung GARRP e.V. an und ist Mitglied im Stadtrat Speyer. Alrun Schleiff ist Geschäftsführerin der Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e.V.